

V **Arbeitslose und Beschäftigte sind keine Gegner – Sie haben gemeinsame Interessen**

Arbeitgeberverbände, Parteien und Medien versuchen, einen Keil zwischen arbeitslose und beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu treiben.

Sie wollen, dass die Masse der Erwerbstätigen sie dabei unterstützt, den Arbeitslosen die Leistungen zu kürzen und sie dazu zu zwingen, um jeden Preis zu arbeiten.

Wenn Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen einfach zu faul zum Arbeiten wären und es ihnen dabei auch noch zu gut ginge, dann würde es Zeit, ihnen Geld wegzunehmen und sie verstärkt dazu zu zwingen, irgendeine Arbeit anzunehmen. Denn schließlich wird ihr Lebensunterhalt aus Sozialversicherungsbeiträgen bzw. Lohnsteuern finanziert.

Man verspricht den Beschäftigten, dass ihnen Leistungskürzungen bei Arbeitslosen nützen. Mit der Senkung der Sozialabgaben würden die Nettolöhne steigen. Und mit der Einsparung von Steuermitteln könnte das eingesparte Geld eher den Arbeitenden zugute kommen statt Schmarotzern. Doch es ist genau umgekehrt. Kürzungen bei Arbeitslosen schaden den Beschäftigten.

Beschäftigte, die Arbeitslosen alles zumuten wollen, treffen sich letztlich selbst

Es ist Arbeitslosen zumutbar, für Nettolöhne in Höhe der Unterstützung, d. h. für 53 % bis 67 % ihres vorherigen Nettolohns zu arbeiten oder für noch weniger. Wenn Unterstützungen sinken, ist es zumutbar, für noch geringere Löhne arbeiten. Je stärker der

Druck der Arbeitsämter auf die Arbeitslosen wird, ihre Arbeitskraft unter Tarif anzubieten, desto eher werden Beschäftigte verdrängt, die zu normalen Bedingungen arbeiten. Denn die Arbeitslosen von heute sind die Beschäftigten von morgen.

Kürzungen bei Arbeitslosen richten sich gegen alle LohnarbeiterInnen.

Mit der Agenda 2010 wird es für über zwei Millionen Arbeitslose zumutbar, gemeinnützige Arbeit für Kommunen und Landkreise zu leisten. Ihr »Lohn« ist das neue Arbeitslosengeld II plus ein Euro pro Stunde. Arbeitslosengeld II liegt unter dem Sozialhilfeniveau.

Normal bezahlte städtische Beschäftigte werden durch subventionierte BilligarbeiterInnen ersetzt.

Arbeitslose als Lohndrücker gegen die Beschäftigten einzusetzen, liegt nur im Interesse der Arbeitgeber.

Da mit steigender Produktivität die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt, wird die Wahrscheinlichkeit größer, arbeitslos zu werden. Die Beschäftigten von heute können die Arbeitslosen von morgen sein. Wer dafür eintritt, die Unterstützungen für Arbeitslose zu senken, schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn er selbst arbeitslos wird. Jeder wird einmal alt, und bei jedem lassen die Kräfte irgendwann nach.

Wer dafür eintritt, die Unterstützungen zu senken, wendet sich damit auch gegen die eigenen Kinder, die immer größere Schwierigkeiten haben, überhaupt noch ins Arbeitsleben einzutreten. Wenn den arbeitslosen Kindern das Arbeitslosengeld II gestrichen wird, weil sie irgendeine perspektivlose Arbeit nicht angenommen haben, liegen sie wieder den Eltern auf der Tasche.

Die Faulheitsdebatten treiben einen Keil zwischen Arbeitslose und Beschäftigte.

Sie spalten und schüren den Unfrieden unter den Lohnabhängigen. So können die Regierungen die Profitinteressen der Arbeitgeber möglichst ungestört durchsetzen.

Es liegt nicht im Interesse der Lohnabhängigen, den Arbeitslosen und damit letztlich sich selbst die Schuld für die Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben. Es liegt auch nicht in ihrem Interesse, die Schuld den ausländischen KollegInnen anzulasten, den Frauen, die arbeiten wollen oder den Älteren, die den Jüngeren nicht schnell genug Platz machen. Die Konkurrenz untereinander anzuheizen, statt sie zu verringern, verschlechtert die Lage aller Lohnabhängigen.

Beschäftigte, die den Arbeitslosen in den Rücken fallen, fallen sich selbst in den Rücken.

Beschäftigte LohnarbeiterInnen, die sich für die Interessen von Arbeitslosen einsetzen, setzen sich damit für sich selbst ein.

Auch die Beschäftigten werden vom Kapital als Faulenzer und Freizeitweltmeister beschimpft. Grund: sie arbeiten durchschnittlich erheblich weniger Stunden als ihre KollegInnen in allen anderen Ländern.¹ Sie werden diffamiert, um die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 oder 42 Stunden ohne Lohnausgleich durchzusetzen.

Im Übrigen reagieren nicht nur Arbeitslose, sondern auch Beschäftigte mit Arbeitszurückhaltung, wenn ihre Bedürfnisse missachtet werden. 85% aller Deutschen machen entweder Dienst nach Vorschrift oder haben innerlich gekündigt.² Zu den angegebenen Gründen zählt u. a., dass ihre Meinung kaum Gewicht hätte und Vorgesetzte sich nicht für sie als Menschen interessierten.

¹ »Faul wie ein Deutscher«, hieß es schon vor fünfzehn Jahren (Wirtschaftswoche vom 18.8.1989).

² Gallup-Umfrage. Nach: <http://de.news.yahoo.com/020910/3/2y9i1.html> vom 10.9.2002.